
Fachtagung „Jugend zwischen Inklusion und Exklusion“ am 27. November in Halle/Saale

Das Jugendalter gilt als besonders kritische biografische Phase, in der junge Menschen einer Reihe von Exklusionsrisiken ausgesetzt sind. Aus Anlass der Gründung des deutschen Jugendinstituts (DJI) vor 50 Jahren und des 10-jährigen Bestehens der DJI-Außenstelle in Halle präsentieren die dort ansässigen Projekte in den Franckeschen Stiftungen aktuelle Befunde zur Bildungs- und Jugendforschung unter obigem Motto.

Im Rahmen von Workshops und einer Diskussionsrunde werden die Ergebnisse der Forschungsarbeiten mit Wissenschaft, Politik und Fachpraxis erörtert.

Die Tagung findet am 27. November in den Franckeschen Stiftungen in Halle statt. Den Tagungsflyer zur Veranstaltung sowie das Anmeldeformular finden Sie unter: <http://dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=479>

Fachtagung „Sozialpädagogische Familiendiagnosen und Familienarbeit bei Kindeswohlgefährdung“ am 23. und 24. Januar 2014 in Berlin

Die Sozialpädagogischen Familiendiagnosen haben sich weiter als diagnostisches Verfahren in den Erziehungshilfen etabliert. Dabei rückt immer mehr die Frage in den Mittelpunkt, inwiefern es möglich ist, auch bei Kindeswohlgefährdung auf der Basis der Selbstdeutungen der Familien eine Hilfebedarfsermittlung durchzuführen.

Im Rahmen der Fachtagung werden theoretische und praktische Fragen der Anwendung Sozialpädagogischer Familiendiagnosen anhand von Fachvorträgen diskutiert. Zudem gibt es Raum für Praxisaustausch zu Erfahrungen mit Sozialpädagogischen Familiendiagnosen in Fällen von Kindeswohlgefährdung. Schließlich werden die Konsequenzen der diagnostischen Praxis für die sich anschließende Familienarbeit thematisiert. Geplant ist die Erarbeitung eines Entwurfs für ein Konzept „Familienarbeit bei Kindeswohlgefährdung“. Dabei sollen besonders die Sichtweisen und Schutzbedürfnisse der Kinder sowie ethische Fragen berücksichtigt werden.

Für Tagungsteilnehmer und -teilnehmerinnen, die mit dem Verfahren noch nicht vertraut sind, besteht die Möglichkeit zu einem Einführungsworkshop.

Die Tagung findet am 23. und 24. Januar im Kinderhaus Berlin – Mark Brandenburg e. V., Neustrelitzer Str. 57, 13055 Berlin statt und kostet 70,00 Euro (einschließlich Getränke, Pausensnack und Mittagessen am zweiten Tag, aber ohne Übernachtung). Anmeldeschluss ist der 10. Januar 2014. Den Tagungsflyer finden Sie auf der Website: <http://www.igfh.de/cms/sites/default/files/Tagung%20Flyer.pdf>

Anmeldungen richten Sie bitte an weiterbildung@kinderhaus-b-b.de oder per Fax an 030/9720446.

Online Petition der IGfH zur Abschaffung der Geschlossenen Unterbringung und freiheitsentziehender Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) verfasste eine Stellungnahme gegen die „Geschlossene Unterbringung“ von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe und stellte diese in den Monaten Juni und Juli im Internet zur Unterzeichnung ein (vgl. Forum Erziehungshilfen 4/2013). Nach Abschluss der Frist wurde die Petition von über 2.700 Personen unterschrieben.

Dies macht deutlich, dass Maßnahmen bei denen Kinder und Jugendliche hinter verschlossenen Türen im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden, auf breite Gegenwehr in der Fachwelt wie in der allgemeinen Öffentlichkeit stoßen.

Im Fortgang wurden nun die jeweiligen Ausschüsse in den Länderministerien, die Landesjugendämter sowie das Bundesministerium angeschrieben und über die Petition in Kenntnis gesetzt. Verbunden war dieses mit der Aufforderung, dass sie sich als politisch Verantwortliche wie auch als Fachverwaltung dieser Position anschließen, um zu verhindern, dass derartige Einrichtungen zugelassen werden bzw. dass Kinder oder Jugendliche in solche Einrichtungen eingewiesen werden.

Zudem erscheint Ende November d. Jahres die Neuauflage der 1995 im Eigenverlag der IGfH erschienenen Publikation „Argumente gegen geschlossene Unterbringung in Heimen der Jugendhilfe“. Die erweiterte Neuauflage, welche wiederum von einer Arbeitsgruppe der IGfH verfasst wurde, trägt den Titel „Argumente gegen geschlossene Unterbringung und Zwang in den Hilfen zur Erziehung. Für eine Erziehung in Freiheit“. Der Band umfasst ca. 96 Seiten und ist im Buchhandel ab Dezember 2013 unter der ISBN 978-3-925146-85-5 zum Preis von 12,- Euro zu beziehen.

Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe zur Kindertagespflege und Pflegekinderhilfe

Unter der Überschrift „Private Erziehung in öffentlicher Verantwortung – Folgen für die Kompetenzanforderungen in der Kindertagespflege und der Pflegekinderhilfe“ veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ein Diskussionspapier. Mit diesem wird die im gesellschaftlichen und fachlichen Diskurs aufgeworfene Frage der Professionalisierung der Kindertagespflege sowie der weitergehenden Verfachlichung bzw. Qualifizierung der Pflegekinderhilfe im Hinblick auf die verschiedenen Akteure und strukturellen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen in den Blick genommen. Mit Bezug auf den 11. sowie den 14. Kinder- und Jugendbericht, die sich beide mit der Frage nach der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen beschäftigen, konstatiert die AGJ, dass eine strikte Trennung von privater und öffentlicher Sphäre nicht mehr möglich ist. Denn obschon die „Erziehungssettings“ Kindertagespflege und Pflegekinderhilfe private Settings sind, handelt es sich bei „beiden Angebotsformen allerdings um gesetzlich normierte Leistungen ..., die damit den Eltern und den Kindern auch die Einhaltung von fachlichen Standards versprechen und hierüber erst das Vertrauen in die Angebote generieren“ (S. 5). Die AGJ schlägt vor, „eine Verfachlichungs-, wenn nicht gar Verberuflichungsdebatte, in Bezug auf verschiedene Teilsegmente der Kindertagespflege und der Pflegekinderhilfe zu führen“ (S. 6).

So argumentiert sie in Bezug auf die Pflegekinderhilfe, dass keineswegs eine Verberuflichung der Pflegekinderhilfe insgesamt anzustreben sei, sondern es vielmehr um eine Verberuflichungsdebatte für die „besonderen Formen“ der Vollzeitpflege geht. Besondere Formen meint hier Erziehungs- bzw. Vollzeitpflegestellen nach § 33 SGB VIII, die sich gem. Satz 2 um „besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche“ kümmern. Die AGJ schlägt hier vor, „die formal ausgewiesene pädagogische Qualifikation als Voraussetzung festzuschreiben und spezifische Weiterbildungsmaßnahmen vorzuhalten“ (S. 16). Des Wei-

teren wird – anknüpfend an das „Neue Manifest Pflegekinderhilfe“ der IGfH und des Kompetenz-Zentrums Pflegekinderhilfe e.V. – vorgeschlagen, vergleichbare Standards für die Unterstützung von Pflegefamilien einzuführen, wobei sowohl die Jugendämter als auch die in der Pflegekinderhilfe tätigen freien Träger zu vergleichbaren Ausstattungsstandards verpflichtet werden.

Nationales Zentrum für Frühe Hilfen sucht Jugendämter als Praxispartner

Das am 01.01.2012 in Kraft getretene Bundeskinderschutzgesetz fordert an verschiedenen Stellen die fachliche Ausgestaltung der interdisziplinären Zusammenarbeit an der Schnittstelle zwischen Gesundheitswesen und der Kinder- und Jugendhilfe. Im Rahmen der Dokumentation und Evaluation der Bundesinitiative Frühe Hilfen legt das Nationale Zentrum Frühe Hilfen daher einen Schwerpunkt auf die Untersuchung der Kooperationsbeziehungen zwischen diesen beiden Sozialleistungssystemen, primär im Bereich Frühe Hilfen (Kinderschutz an der Schnittstelle 8a), aber auch im Übergang zu Maßnahmen bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung.

Ziel des in Kooperation von Nationalem Zentrum Frühe Hilfen und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund durchgeführten Teilprojektes ist es, die Bedeutung des Gesundheitssystems für den institutionellen Kinderschutz differenzierter herauszuarbeiten, insbesondere mit Blick auf die Hebammen und Familienhebammen und andere in den Frühen Hilfen bedeutsame Berufsgruppen des Gesundheitswesens.

Im Rahmen des Projektes wird dazu ein Erhebungsinstrument entwickelt, das unmittelbar anschlussfähig an den aktuellen Erhebungsbogen der amtlichen Statistik zu den Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII ist. Im Rahmen einer Methodenstudie soll Anfang 2014 in ausgewählten Kommunen eine solche Zusatzerhebung durchgeführt werden. Dabei soll das Instrument auf Praktikabilität, Nachvollziehbarkeit und Vollständigkeit hin getestet werden. Nach Abschluss des Pretests in den Kommunen ist geplant, das Instrument exemplarisch in ein bis zwei Bundesländern landesweit einzusetzen.

Jugendämter, die Interesse an einer Praxispartnerschaft haben und über die Erhebung Informationen über das Zusammenspiel von Jugendhilfe und Gesundheitswesen an der Schnittstelle 8a SGB VIII in ihrer Kommune erhalten möchten, bekommen weitere Informationen zum Projekt bei:

Gudula Kaufhold, Wissenschaftliche Referentin im Nationalen Zentrum Frühe Hilfen im Deutschen Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Telefon: 0231 755539, E-Mail: gkaufhold@dji.de

2012 begann für 517.000 junge Menschen eine Hilfe zur Erziehung

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in einer Pressemitteilung vom 21. Oktober mitteilte, begann im Jahr 2012 für rund 517.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland eine Hilfe zur Erziehung. Das waren gut 2.000 junge Menschen weniger als im Jahr 2011 (-0,5%). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, wurde damit wie im Vorjahr für 3,3% der jungen Menschen unter 21 Jahren eine erzieherische Hilfe neu eingerichtet (Im Jahr 2008 lag dieser Anteil noch bei 3,0%).

Den größten Anteil unter allen neu gewährten erzieherischen Hilfen hatte mit 65% die Erziehungsberatung – gut 307.000 junge Menschen nahmen sie im Jahr 2012 neu in Anspruch. Im Vergleich zum Vorjahr ging ihre Zahl um 1,1% zurück. Etwas häufiger als im Vorjahr wurden junge Menschen, die eine Erziehungshilfe neu in Anspruch nahmen, außerhalb des Elternhauses untergebracht. Für knapp 52.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

begann eine Vollzeitpflege in einer anderen Familie, eine Heimerziehung oder eine Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform. Das waren rund 800 stationäre Hilfen mehr als im Jahr 2011. Die Hälfte der jungen Menschen, die in einem Heim oder einer Pflegefamilie untergebracht wurden, lebte zuvor mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen. Nahezu drei Viertel (74%) dieser alleinerziehenden Elternteile lebten ganz oder teilweise von Transferleistungen.

Präsentationen der IGfH-Bundestagung Inobhutnahme werden eingestellt

Am 25. und 26. September fand erstmalig die IGfH-Bundestagung Inobhutnahme statt. Unter dem Titel „Inobhutnahme als Chance und Herausforderung“ wurden pädagogische Aspekte und Alltagsfragen der Arbeit in Einrichtungen, die in Obhut nehmen, in den Blick genommen. Die Präsentationen zu den Vorträgen, Workshops und Foren der Tagung finden Sie ab dem 04. November auf der Tagungshomepage.

In eigener Sache:

Das Veranstaltungsprogramm 2014 der IGfH ist erschienen

Das neue Veranstaltungsprogramm der IGfH umfasst wie immer eine Vielzahl von spannenden und praxisnahen Fortbildungen, Weiterbildungen, Fachtagungen und Inhouse-Angeboten. Die Schwerpunkte 2014 sind: Arbeitsfelder und Kooperation in den HzE, Sozialpädagogische Methoden und Konzepte, Beratung und Gesprächsführung, Konflikte verstehen und bewältigen, Leitung und Organisation sowie Wissenschaft und Forschung.

Die Printversion des Veranstaltungsprogramms können Sie über die Geschäftsstelle der IGfH beziehen: Galvanistrasse 30, D-60486 Frankfurt/Main Telefon +49-(0)69-633 986-0, Fax: -25, E-Mail: igfh@igfh.de, Internet: www.igfh.de